

Drucksache 18/7129, Antragsteller AfD. Wer stimmt zu? – Zustimmung bei AfD. Wer lehnt ab? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Damit ist der **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7130, Antragsteller AfD. Wer stimmt zu? – Das ist die AfD. Wer lehnt ab? – SPD, Grüne, CDU, FDP. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Damit ist der **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7131, Antragsteller AfD. Wer stimmt zu? – Das ist die AfD. Wer lehnt ab? – FDP, CDU, Grüne und SPD. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Damit ist der **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7132, Antragsteller AfD. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die AfD. Wer lehnt ihn ab? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7133, Antragsteller AfD. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das ist die AfD. Wer lehnt ihn ab? – Die SPD, die Grünen, die CDU und die FDP. Gibt es Enthaltungen? – Die gibt es nicht. Damit ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 14 in unveränderter Form und damit über die Ihnen vorliegende Beschlussempfehlung. Wer stimmt diesem Einzelplan und der Beschlussempfehlung zu? – Das sind die CDU und die Grünen. Wer lehnt ihn ab? – Das sind die SPD, die FDP und die AfD. Wer enthält sich? – Das ist niemand. Damit ist der **Einzelplan 14 angenommen**.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir kommen zu:

Einzelplan 06 Ministerium für Kultur und Wissenschaft

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 18/6806. Ich darf zudem auf die in der aktuellen Tagesordnung zu diesem Einzelplan aufgeführten Änderungsanträge hinweisen.

Ich eröffne die Debatte für den Bereich:

a) Kultur

Ich gebe das Wort an Herrn Bialas von der Fraktion der SPD.

Andreas Bialas (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Andere Haushaltsbereiche wachsen, manche stagnieren, der für Kultur sinkt. Versprochen und niedergeschrieben im

Koalitionsvertrag vor nicht einmal anderthalb Jahren war eine 50%ige Steigerung des Kulturhaushaltes. Im vergangenen Jahr gab es den Ausstieg aus der linearen Erhöhung, in diesem Jahr gibt es den Rückfall des Kulturhaushaltes hinter den letzten der Vorgängerregierung aus dem Jahr 2022. Die Aussichten für 2025 werden bereits jetzt als noch bescheidener beschrieben.

Lassen Sie es mich deutlich sagen: Der Koalitionsvertrag ist gebrochen. Der Haushalt für Kultur entwickelt sich in die falsche Richtung. Diese Regierung ist kein verlässlicher Partner der Kultur in NRW mehr.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Auch enttäuschend, wenn ich mich nicht völlig verguckt habe: Es liegt kein einziger Änderungsantrag der regierungstragenden Fraktionen zum Kulturhaushalt vor. Dazu kann ich nur sagen: Diesen Fraktionen ist die Kultur keinen weiteren Euro wert. Das ist beachtlich und bedauerlich.

Ja, wir befinden uns in schwierigen Zeiten. Und ja, die Herausforderungen sind enorm. Keiner von uns ist blind. Aber gerade dann kürzt man nicht bei der Kultur. Gerade dann legt man nicht die Axt an die Wurzel, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. Gerade dann stärkt man die Kultur.

Denn es geht doch bei der Kulturfinanzierung nicht um ein schön gesungenes hohes C; es geht um unser Miteinander, es geht darum, wofür wir das eigentlich alles machen. Es geht um uns, unsere Identität, unsere Bildung, unsere Werte, unsere Gemeinschaft.

(Beifall von der SPD)

In der vergangenen Legislatur haben wir einen deutlichen Aufwuchs erleben können. Wir haben eine Landesregierung erlebt, die den Künstler*innen und den Institutionen in der Not hilfreich zur Seite stand. Doch auch da wurden leider gesellschaftspolitisch relevante Themen nachrangig behandelt, die uns jetzt umso mehr vor die Füße fallen: Inklusion, Interkultur, Digitalität, Gender-Gerechtigkeit, Klimaschutz, Nachhaltigkeit, Transformation, Diversität, Wissenschaftlichkeit, Strukturförderung, Soziokulturwissenschaftlichkeit, faire Honorarordnung – und da bin ich noch nicht einmal bei allen Themen, die durch das Kulturgesetz zusätzlich gesetzt wurden.

Bei Ihrem jetzt eingebrachten Haushalt kann keine Freude aufkommen. Aber ich sage auch ganz ehrlich: Ich kenne eine solche Situation. Die ist nicht schön, die ist richtig Mist. Daher wird es nun notwendig sein, dass die noch mäßig verfügbaren Gestaltungsräume sinnvoll genutzt werden, dass Prioritäten gesetzt werden, dass ein klarer Kompass besteht, wofür öffentliche Mittel verwendet werden, und dass auch über eine anderweitige Verteilung, ein Umsteuern nachgedacht werden muss. Wenn das Ihr Weg sein sollte, dann werden wir dort konstruktiv mittun.

All unsere Änderungsanträge haben Sie im Kulturausschuss leider abgelehnt. Das waren: Stärkung der Kinos und der Klubszene, Abspielhilfen für Theater, Stärkung der Literaturbüros, Konzepterstellung Leseförderung, solide Grundfinanzierung der Soziokultur, Unterstützung globale Musik, Einstieg in die faire Honorarordnung, energetische Sanierung von Kulturbauten, Tarifanpassungen institutionell geförderter Einrichtungen, Jugendarbeit im Karneval, Stärkung der Breitenkultur, wissenschaftliche Begleitung der Transformation.

Sie haben all unsere Änderungsanträge abgelehnt, doch einiges werden Sie prüfen, wie Sie es ankündigten, einiges wollen Sie selbst machen. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Drei Punkte darf ich herausgehoben benennen:

Erstens. Der Einstieg in die Umsetzung von Honoraruntergrenzen bei Beibehaltung des inhaltlichen Fördervolumens muss erfolgen. Hier steht NRW als Vorbild in einem bundesweiten Fokus.

Zweitens. Die Stärkung der kulturellen Bildung scheint mir auch ein Feld zu sein, welches Ihnen, Frau Ministerin, wichtig ist. Gerne gehen wir hier zusammen.

Drittens. Gerade die Soziokultur bedarf gerade zur jetzigen Zeit einer grundsätzlichen Sicherung. Das Jahr 2024 erscheint mir als gutes Jahr, um dies endlich zu tun.

Zuletzt, wie immer, mein Appell: Der Kulturhaushalt des Landes ist nur eine kleine Insel im großen Meer der Kommunalfinanzen. Diese müssen in Ordnung gebracht werden. Der Altschuldenfonds muss endlich kommen. Finanzräume und Schutzzräume für Kultur müssen geplant und eingezogen werden. Denn wenn es den Kommunen an den Kragen geht, dann geht es der Kultur an den Kragen. Dies gilt es, mit aller Kraft zu verhindern. Die beste Kulturpolitik ist eine gescheite Kommunalpolitik.

(Beifall von der SPD)

Den Haushalt in dieser Form lehnen wir diesmal ab. Ich sage, leider, weil wir uns in den letzten Jahren immer enthalten haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bialas. – Für die Fraktion der CDU hat nun die Abgeordnetenkollegin Heike Wermer das Wort.

(Beifall von Klaus Vossemer [CDU] und Frank Jablonski [GRÜNE])

Heike Wermer (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen

und Herren! Sie alle wissen, wie sehr mein Herz für die Kunst und Kultur in NRW schlägt. Angesichts der aktuellen Wirtschaftslage, die von Rezession, Inflation und steigenden Energiekosten geprägt ist, angesichts des Krieges in der Ukraine und im Gazastreifen, angesichts steigender Flüchtlingszahlen, gesellschaftlicher Veränderungen und angesichts einer instabilen Bundespolitik stehen wir vor immensen Herausforderungen, die sich natürlich auch im Landeshaushalt niederschlagen.

Ausdrücklich unterstütze ich die Prioritätensetzung der Landesregierung mit dem Fokus auf Kinder, Bildung und innere Sicherheit.

(Beifall von Andrea Stullich [CDU])

Natürlich hätte ich mir einen Aufwuchs für den Kulturhaushalt gewünscht, aber jetzt ist nicht die Zeit für das große Wünsch-dir-Was, sondern es kommt darauf an, trotz der schwierigen allgemeinen Rahmenbedingungen solide, klug und verlässlich zu handeln.

Solide, klug und verlässlich ist der vorgelegte Haushaltsplanentwurf auch für den Kulturretat. Die Gesamtausgaben für den Kulturbereich belaufen sich im Haushaltsentwurf auf 315,5 Millionen Euro zuzüglich 284.300 Euro aus der Ergänzungsvorlage.

Ja, dies bedeutet eine Reduzierung um 7,5 Millionen Euro oder ein Minus von 2,4 % gegenüber dem Vorjahr, aber nur bei den Mitteln aus der Stärkungsinitiative, die noch nicht gebraucht wurden. Zum Vergleich: Der Kulturretat der Bundesregierung sinkt um rund 10 %.

Dies zeigt, dass wir in Nordrhein-Westfalen trotz der Fokussierung auf andere Ressorts im Vergleich zu anderen Ebenen sehr verantwortungsbewusst und maßvoll handeln – verantwortungsbewusst und maßvoll deswegen, weil wir Absenkungen, wie gesagt, nur in der Titelgruppe 69, der Stärkungsinitiative für Kultur, vornehmen. Das führt dazu, dass wir in keinen anderen Titelgruppen Sparmaßnahmen vornehmen müssen, sodass es zu keinen Kürzungen bei konkreten Projekten oder Programmen kommen wird. Ich wiederhole: keine Kürzungen bei konkreten Projekten oder Programmen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir sorgen also für größtmögliche Verlässlichkeit trotz aller Widrigkeiten. Unsere Kulturministerin Ina Brandes hat bereits im Ausschuss verdeutlicht, wo sie im kommenden Jahr Prioritäten im Kulturhaushalt setzen möchte. Wir wollen die soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler verbessern. Die Landesregierung und die Zukunftscoalition stehen zur Einführung von Honoraruntergrenzen, denn es gilt, prekäre Beschäftigung im Kunst- und Kulturbetrieb zu verhindern.

NRW übernimmt bei diesem wichtigen Thema eine Vorreiterrolle. Trotz und angesichts der aktuellen

Haushaltsslage hat die Ministerin schon kundgetan, dass wir im Jahr 2024 einen Einstieg in die Honoraruntergrenzen vornehmen wollen. Das passt zum Prozess, denn derzeit erarbeitet die eingesetzte Kommission Vorschläge, wie die Honoraruntergrenzen aussehen und wie sie eingeführt werden können. Das ist gut und benötigt wahrscheinlich noch etwas Zeit.

Neben der Einführung der Honoraruntergrenzen hat die Ministerin ebenfalls angekündigt, die noch auszuhandelnden Tarifkostensteigerungen für vom Land geförderte Institutionen oder Stellen zu berücksichtigen.

Des Weiteren sehen wir den Bedarf an baulichen und energetischen Investitionen im Kunst- und Kulturbetrieb. Wir wollen sicherstellen, dass unsere Kulturstätten nicht nur erhalten bleiben, sondern auch nachhaltiger und energieeffizienter werden. Dies ist nicht nur ein Beitrag zum Umweltschutz, sondern spart in Zukunft auch Energiekosten unserer kulturellen Institutionen. Ein wichtiger Baustein sind dabei die Beratung und Vernetzung der Akteure.

Neben dem Thema „Diversität“, welches wir dieses Jahr schon mit einem Antrag begleitet haben, liegt uns allen – und ich glaube, hier darf ich für alle Fraktionen sprechen – die frühkindliche Bildung beziehungsweise die kulturelle Bildung insbesondere von Kindern und Jugendlichen am Herzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen also: Kunst und Kultur in NRW werden im Jahr 2024 nicht zu kurz kommen. Die Aufgaben, die im Kunst- und Kulturbetrieb vor uns liegen, sind groß, ja, und die finanziellen Mittel sind knapper geworden. Umso mehr ist die Zeit gekommen, die Herausforderungen und den dazugehörigen Kulturhaushalt solide, klug und verlässlich anzugehen. Wir gehen den schwierigen Weg – es ist der ehrliche Weg.

Ich bitte um Ihre Zustimmung zu dem Haushaltsplannentwurf. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Danke Ihnen, Frau Kollegin Wermer. – Für die Fraktion der FDP hat nun Abgeordnetenkollegin Frau Gebauer das Wort.

Yvonne Gebauer*) (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen ist ein attraktives Kulturland, und das muss es auch bleiben. Die Kulturförderung ist für uns Freie Demokraten keine Subvention, sondern sie ist eine Selbstverständlichkeit, eine Investition in den Zusammenhalt und in die Zukunft unseres Landes.

(Beifall von der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Dann ist ja gut!)

Flächendeckende individuelle Kulturangebote für unsere Gesellschaft, für Jung und Alt funktionieren jedoch nur mit einer auskömmlichen Finanzierung, aber diese Auskömmlichkeit steht mit diesem Haushalt auf dem Spiel. Warum ist das so? Was hat sich denn eigentlich verändert im Vergleich zu den Jahren 2017 bis 2022?

Verändert hat sich, dass statt der FDP nun die Grünen zusammen mit der CDU im Land regieren. Das hat zur Folge, dass die schwarz-grüne Landesregierung beabsichtigt, erstmals seit elf Jahren wieder Kürzungen im Kulturretat vorzunehmen. Damit begehen CDU und Grüne nichts weniger als einen Wortbruch.

(Beifall von der FDP)

Denn wer eine schrittweise Erhöhung des Kulturretats um 50 % in den Koalitionsvertrag schreibt, kann und darf hinterher nicht das Gegenteil tun. Genau das geschieht gerade: knapp 7,5 Millionen Euro weniger für den Kulturretat. Damit bremst die Landesregierung nicht nur die bewusste Stärkung der vergangenen Legislaturperiode unter Schwarz-Gelb, mehr noch: Damit nimmt Schwarz-Grün billigend in Kauf, dass diese Stärkung im schlechtesten Fall wieder zunichtegemacht wird.

(Beifall von der FDP)

Die Landesregierung hat die Tatsache, dass in den Titelgruppen der einzelnen Kultursparten keine Kürzungen vorgenommen werden, im Ausschuss als Zeichen der Verlässlichkeit bezeichnet. Dass dafür aber bei den Selbstbewirtschaftungsmitteln eingespart wird und auch die Kulturszene von gestiegenen Lohn- und Energiekosten sowie der Inflation betroffen ist, wird verschwiegen. Doch diese Faktoren sorgen dafür, dass eine vermeintlich gleichbleibende Förderhöhe am Ende zu einer einschneidenden Kürzung und somit zwangsläufig auch zu einer Ausdünnung des kulturellen Angebotes hier bei uns in Nordrhein-Westfalen führen wird.

(Beifall von der FDP)

Unter einem Zeichen der Verlässlichkeit verstehen wir Freien Demokraten dann doch etwas anderes. Und mehr noch, meine Damen und Herren der Landesregierung: Mit dem ersten Haushalt 2023 haben Sie die von Ihnen selbst gelegte Latte der schrittweisen 50%igen Erhöhung bereits gerissen. Mit dem vorliegenden Haushalt machen Sie sich erst gar nicht mehr die Mühe, die Latte zu erreichen; Sie laufen gleich unter ihr durch.

Seit Jahren war die Kulturszene nicht mehr so verunsichert wie durch diesen Haushalt. Das ist sehr schade, denn zusammen mit den Liberalen sind in den Jahren zwischen 2017 und 2022 den Ankündigungen von Schwarz-Gelb auch uneingeschränkt Taten gefolgt. Seitdem jedoch die Grünen mit am

Kabinetttisch sitzen, hat die Kultur bei uns nichts mehr zu lachen.

(Beifall von der FDP)

Wenn Kulturpolitik Verunsicherung schürt, verspielt Sie Vertrauen, wichtiges Vertrauen – Vertrauen auf der einen Seite, aber natürlich auch Kontinuität auf der anderen Seite, um die Vielfältigkeit, auf die wir ja alle zu Recht so stolz sind, unserer Kulturlandschaft auch in schwierigen und sicher für uns alle herausfordernden Zeiten langfristig zu erhalten.

„Planungssicherheit“ ist sicherlich das entscheidende Stichwort. Planungssicherheit bedeutet aber: frühzeitige, verlässliche und transparente Informationen, auch wenn sie wehtun und eventuell Einschnitte zur Folge haben. Vollmundige Versprechungen in Koalitionsverträgen zu machen, denen für den Haushalt 2024 erst Stillschweigen und dann Kürzungen folgen, wer so handelt, der ist kein verlässlicher Partner für unsere Kulturlandschaft.

(Beifall von der FDP und Andrea Busche [SPD])

Daher sind wir als FDP-Fraktion der Auffassung, dass das Kapitel „Kulturförderung“ dem wirklich großartigen Engagement unserer Künstlerinnen und Künstler in Nordrhein-Westfalen finanziell bei Weitem nicht angemessen ist. Deshalb werden wir dieses Kapitel im Einzelplan 06 ablehnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Abgeordnete Herr Jablonski das Wort.

Frank Jablonski (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Die schwarz-grüne Koalition kennt den Wert von Kunst und Kultur vom Rhein bis an die Weser.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Wir schätzen und schützen die Kunst- und Kulturszene mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen.

Wir haben bereits gestern ausführlich über den allgemeinen Haushalt in NRW, seine Abhängigkeiten, Möglichkeiten und Chancen debattiert. Wir haben über die teilweise deutlichen Diskrepanzen bei einigen Parteien zu den Themen „Bundeshaushalt“, „Landeshaushalt“ und „Schuldenbremse“ gesprochen. Ich möchte diese Widersprüche jetzt nicht wiederholen, bin aber sehr verwundert, wie leicht sich einige einen schlanken Fuß machen und einerseits in Berlin eine fortschrittliche, zukunftsorientierte und nachhaltige Haushaltspolitik torpedieren, während sie andererseits hier in NRW nach mehr Geld rufen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Ralf Witzel [FDP]: Es kommt auf die richtige Prioritätensetzung an!)

Das bringt mich zu dem Kulturhaushalt in NRW.

Zunächst: Wir haben beschlossen, dass die leider notwendigen Kürzungen im Kulturetat aus der Titelgruppe 69, der Stärkungsinitiative, entnommen werden. Wir haben ganz bewusst nicht bei den einzelnen Sparten und Projekten gekürzt.

(Beifall von den GRÜNEN und Heike Wermer [CDU])

Ich finde, dass die Opposition diesen Punkt würdigen könnte.

Gleichzeitig bleibt die Frage an die Opposition offen, wie die geforderte Erhöhung im Kulturetat finanziert werden soll. Wir sollten uns doch alle ehrlich machen. Es ist doch offensichtlich, dass die von Ihnen geforderten Erhöhungen zwingend zu Kürzungen in anderen Bereichen führen werden.

(Heike Wermer [CDU]: So nämlich!)

Die Aufgaben der Kulturakteure, Kulturhäuser und Künstlerinnen und Künstler sind außerordentlich umfassend. Sie schaffen Kunst- und Kulturangebote sowie Produktionen und ermöglichen zum Beispiel Auseinandersetzungen zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen. Zudem müssen sie sich aber, übrigens gerade in der freien Szene und der Soziokultur, mit den alltäglichen Fragen – den Tarifsteigerungen, der Einführung von Mindesthonoraren oder allgemeinen Kostensteigerungen – auseinandersetzen. Das wird für 2024 für alle Beteiligten eine große Herausforderung.

Gleichzeitig bemerken wir ein reges Interesse und eine extrem hohe Bereitschaft, sich für Diversität zu öffnen und den Kunst- und Kulturbetrieb nachhaltiger zu gestalten. Das sind wichtige und richtige Projekte. Hier gilt es, die Strukturen auch in nicht so starken Finanzjahren zu unterstützen bzw. aufzubauen. Genau das machen wir.

(Beifall von Hedwig Tärner [GRÜNE] und Heike Wermer [CDU])

Wenn jetzt das Argument kommt, der Kulturetat mache nur einen geringen Prozentsatz des Gesamthaushalts aus, und wir könnten die Mittel ganz einfach aus anderen Bereichen nehmen, frage ich Sie ganz konkret: aus welchen? Sollen wir Kita-Plätze streichen, den notwendigen klimaneutralen Umbau der Wirtschaft in NRW stoppen, unsere marode Infrastruktur weiter verfallen lassen? Leider fehlen sämtlich konkrete Vorschläge.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir als schwarz-grüne Koalition haben beschlossen, dass alle Bereiche außer Bildung und Jugend ihre Verantwortung in diesen schwierigen Zeiten

übernehmen müssen. Als Landtagsabgeordnete haben wir Verantwortung für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen. Wir werden die Herausforderungen dieser Zeit nur gemeinsam bewältigen können.

(Beifall von Hedwig Tarnier [GRÜNE])

Natürlich ist uns bewusst, dass viele Akteurinnen und Akteure in der Kulturszene im Moment unter der hohen Inflation und den Tarifsteigerungen leiden. Wir wissen, dass es gerade sehr schwierig ist und viele Institutionen, Vereine und Verbände große Sorgen und Nöte haben.

Um es noch mal zu betonen: Genau deshalb haben wir mit diesem Haushalt keine Kürzung in den einzelnen Titeln vorgenommen. Das schafft Sicherheit, Vertrauen und Stabilität, liebe FDP und liebe SPD.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ich glaube nicht an die Kassandrarufer, die mal wieder den Untergang des Abendlandes beschwören. Es sind schwierige Zeiten, aber es wird auch wieder bessere Zeiten geben. Wir setzen uns weiterhin für die zentralen Punkte unseres Koalitionsvertrages im Kulturbereich, also für soziale Sicherheit, die Förderung von Nachhaltigkeit und natürlich Diversität, ein.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

Selbstverständlich werden wir uns in Zeiten, in denen es haushalterisch wieder besser aussehen wird, dafür einsetzen, den Kulturetat zu erhöhen.

(Angela Freimuth [FDP]: Das hat noch nie geklappt!)

Dieser Kulturetat ist der bestmögliche, der in diesen Zeiten denkbar ist. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu dem Kulturetat. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Danke Ihnen. – Für die Fraktion der AfD hat nun der Abgeordnete Dr. Beucker das Wort.

Dr. Hartmut Beucker (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Damen, geehrte Herren! Unser AfD-Schwerpunkt beim Kulturhaushalt liegt weiterhin auf der Förderung von Einrichtungen, Initiativen und Projekten für jedermann und besonders für jedes Kind. Dort sollte nicht eingespart werden, sondern wie bisher gefördert werden.

Das gilt für das Programm „JeKits – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“, die Chöre, Orchester, für musikalische und kulturelle Bildung an allen Schulen, ebenso für die Dritten Orte als Förderung im ländlichen Raum, die Archive, die Sammlungen, die Museen und Heimatmuseen. Für die Bibliotheken als niederschwellige Orte der Information und der Begegnung schlagen wir wiederum eine Erhöhung vor.

In anderen Bereichen sollte die bisherige Subventionskultur durchaus abgebaut werden, so etwa bei den Zuwendungen für Landestheater, den Zuschüssen für Privattheater, die Freie Szene, den freien zeitgenössischen Tanz und vor allem dort, wo unter dem Deckmantel der Kulturförderung politisch-ideologische Projekte vorangetrieben werden sollen. Hier schlagen wir Verminderungen zwischen 10 und 20 % vor; denn für die Privilegierung des Kulturbereichs im Vergleich zu anderen, weniger glücklichen Berufsgruppen gibt es keine Berechtigung.

Es kann vermehrt eine Finanzierung über Crowdfunding, Sponsoring oder Privatinitiativen angestrebt werden. Für interessante Angebote gibt es immer einen Markt. Interessante Privatinitiativen gibt es im ganzen Land. Hier nenne ich Ihnen zwei aus Köln.

In Köln-Lindenthal fand im Oktober zum 25. Mal die Street Gallery statt. Eingebettet in ein kulturelles Rahmenprogramm wurden 53 Geschäfte zu Galerien, in denen Kunst gehandelt und gekauft werden konnte sowie Kontakt zu den Künstlern zustande kam.

In Köln-Rodenkirchen fand ebenfalls im Oktober die 21. Kunstmeile Rodenkirchen statt. Es beteiligten sich Profikünstler mit internationaler Erfahrung, Nachwuchskünstler der benachbarten Kunstakademien sowie die Kunstkurse der ansässigen Schulen und Teilnehmer der Jugend-Kunstschule.

Ich war selbst einmal Teilnehmer bei einem Musicalprojekt, das ein Fünftel seiner Kosten durch Sponsoring decken konnte. Das war eine wirklich runde Sache.

Während der Landesetat so durch anderweitige Kostendeckung entlastet wäre, muss die Kulturförderung in anderer Hinsicht eindeutig durchforstet werden.

Schon vor den aktuellen Ereignissen in Israel und Gaza kam es auf Basis der Critical Race Theory und des Postkolonialismus auch im Kulturbereich zu bedenklichen Entwicklungen – so beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe, wo der Besuch der Ausstellung zu dem Thema „Migration“ in Dortmund zeitweise nur einigen Personen vorbehalten war.

Die Landesregierung sieht diese Maßnahme zwar in alleiniger Verantwortung des LWL, steht aber der Errichtung von Safe Spaces positiv gegenüber. Diese Safe Spaces wären wohl besser anderen Bevölkerungsgruppen vorbehalten. Das haben wir leider in Essen und im Ruhrgebiet gesehen.

Der Leiter der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen hat am 20. Oktober zur Teilnahme an der großen Israel-Solidaritätsdemonstration in Berlin aufgerufen. Er wurde von mittlerweile 1.900 weniger bekannten internationalen Künstlern und Kuratoren zur Rücknahme der Unterstützung Israels aufgerufen. Weil nach der Weigerung des Leiters, die Unterstützung zurückzunehmen, auch ein Boykott der Kurzfilmtage

im Raum stand, müssen wir hier genau hinsehen. Israel anfeinden und Förderung durch das Land erhalten, darf nicht zusammengehen.

(Beifall von der AfD)

Es ist zu begrüßen, dass die Stadt Oberhausen, Land und Bund bislang hinter dem Leiter der Internationalen Kurzfilmtage stehen.

Zweifel an den Förderentscheidungen des Kulturministeriums gibt es aber hinsichtlich des Kreisch-Festivals in Essen. Das Logo des Ministeriums prangt direkt neben dem der klar verfassungsfeindlichen Antifa.

Angesichts all dieser abweichenden Vorstellungen von Kulturförderung lehnen wir diesen Etat ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Für die Landesregierung hat nun Ministerin Brandes das Wort.

Ina Brandes, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen ist deutschlandweit bekannt und anerkannt für die Dichte und Vielfalt seiner Kulturinstitutionen. Nirgendwo sonst in Deutschland gibt es eine solche Fülle von Museen, Konzertsälen, Bühnen und großartigen Initiativen der freien Szene. Diese Vielfalt und Qualität zu schützen und zu erhalten, ist unsere politische Verantwortung. Ich glaube, viele von uns im demokratischen Spektrum nehmen sie auch gerne gemeinsam wahr.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Natürlich zwingt uns die schwierige Haushaltslage dazu, im Kulturbereich Prioritäten zu setzen. Dazu ist heute schon viel Richtiges gesagt worden. Ich würde gerne noch einmal die aus meiner Sicht entscheidenden sechs Punkte herausgreifen, mit denen wir uns aktuell beschäftigen und die für mich auch die Schwerpunkte bilden.

Der erste Punkt ist hier schon einmal angesprochen worden. Die Kulturinstitutionen insgesamt stehen natürlich vor Herausforderungen, was Kostensteigerungen durch die Tarifentwicklung und den NV Bühne angeht. Selbstverständlich werden wir als Land unsere Verantwortung übernehmen und die zahlreichen Institutionen dabei unterstützen. Davon werden Landestheater und Landesorchester profitieren, aber auch kommunale Theater und Orchester, Musikschulen, die in der Musikschuloffensive mitmachen, und viele weitere Einrichtungen.

Der zweite wichtige Punkt – auch das wurde schon mehrfach gesagt – betrifft die Mindesthonorare. Ich glaube, uns ist gemeinsam wichtig, dass Künstlerinnen und Künstler von ihrer Arbeit leben können und

nicht von Sozialleistungen oder von Zweit- und Drittjobs abhängig sind.

Deswegen hat sich Nordrhein-Westfalen bundesweit schon lange für die Einführung auskömmlicher Mindesthonorare eingesetzt. Wir sind in der Kommission tatsächlich in den letzten Zügen, um festzulegen, wie hoch diese Honorare sein sollen. Im Jahr 2024 beginnen wir damit, dass die Mindesthonorare bei Landesförderungen verpflichtend zu berücksichtigen sind. Damit setzen wir einen wichtigen Punkt aus dem Koalitionsvertrag um.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Beim dritten Punkt handelt es sich um die kulturelle Bildung insbesondere für Kinder und Jugendliche. Wir wissen alle, dass Kinder und Jugendliche während der Pandemie auf viel verzichten mussten. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, davon so viel wie irgend möglich wiedergutzumachen.

Deswegen entwickeln wir die sehr wertvollen Programme „Künstlerinnen und Künstler in die Kita“, „Je-Kits – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“ und „Kultur und Schule“ weiter. Sie werden finanziell mindestens auf ihrem derzeitigen Niveau fortgeführt. Gleichzeitig wollen wir uns um einen Einstieg in die Leseförderung kümmern. Denn das ist ein Thema, von dem wir alle wissen, dass einiger Handlungsbedarf besteht.

Ich komme zum vierten Punkt und damit zum Thema „Diversität bzw. Vielfalt in der Kultur“. Wir sind uns, glaube ich, darüber einig, dass es wichtig ist, so vielen Menschen wie möglich den Zugang zu kulturellen Angeboten zu ermöglichen, und zwar sowohl auf der produzierenden Seite als auch auf der konsumierenden Seite, sowohl auf der Bühne als auch im Zuschauerraum.

Dass Kultur ein Spiegel der Gesellschaft sein sollte und sein muss, gilt insbesondere in einer Gesellschaft, in der so viele Menschen zuwandern. Deshalb haben wir schon im Herbst einen Diversitätskongress veranstaltet, bei dem wir eine ganze Reihe von Aufgaben herausgearbeitet haben, um mehr Menschen Zugang zu Kultur zu geben.

Im ersten Schritt setzen wir natürlich alle Programme fort, die wir im Bereich der Diversität haben, die extrem erfolgreich sind und sehr gut von den Kultureinrichtungen in Nordrhein-Westfalen nachgefragt werden. Wir werden aber darüber hinaus einen Aktionsplan Diversität entwickeln, mit dem wir weitere Maßnahmen umsetzen.

Der fünfte Punkt betrifft Nachhaltigkeit, insbesondere ökologische Nachhaltigkeit. Wir wissen alle, dass Kultur eine Vorbildfunktion hat. Insofern ist es wichtig, dass sich Kultur damit beschäftigt, wie wir unser Klima schützen können und wie wir mit der Anpassung an den Klimawandel umgehen. Gleichzeitig wissen wir aber auch, dass viele Kultureinrichtungen

in Bezug auf ihre ökologische Situation keinen guten Fußabdruck haben. Wir werden dabei helfen, das zu ändern. Wir werden wichtige bauliche und energetische Investitionen fortsetzen und auch ausbauen, um sicher zu sein, dass der CO₂-Abdruck der Kultureinrichtungen nach und nach besser wird.

Beim sechsten Punkt geht es um vor allen Dingen um das Thema „Beratung“. Wir wissen, dass die Kultureinrichtungen vor vielen großen Aufgaben stehen – sei es Nachhaltigkeit, sei es Diversität, sei es Klimaneutralität – und nicht jede Einrichtung die Lösungen für sich allein finden wird. Wir wollen mit einer zentralen Beratungsstruktur helfen. Da sind wir auch schon eingestiegen. Das Netzwerk kultur-klima läuft bereits gemeinsam mit den Landschaftsverbänden. Das werden wir im nächsten Jahr weiter ausbauen, um unsere Kultureinrichtungen zu unterstützen.

Wie Sie sehen, stehen wir als Landesregierung auch in diesen anstrengenden Zeiten an der Seite der Kulturschaffenden. Die verlässliche Unterstützung unserer Kulturszene bleibt bestehen. Sie können sich auf die Landesregierung verlassen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Schluss der Aussprache zu Teil a), Kultur, und gehen über zu:

b) Wissenschaft und Weiterbildung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD der Abgeordneten Christin Siebel das Wort.

Christin Siebel^{*)} (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktion! Eine Haushaltsrede ist zweifellos etwas Besonderes, vor allem, weil es für mich meine erste ist. Gerne würde ich mich auch darüber freuen. Doch der vorliegende Entwurf des Einzelplans 06 gibt dazu wenig Anlass.

Ja, wir müssen in einer finanziell schwierigen Situation einen Haushalt aufstellen, und ja, es sind nur kleine Spielräume vorhanden. Dieser Herausforderung sind wir uns auch bewusst. Doch leider finden Sie auf die aktuellen Herausforderungen einfach keine geeigneten Antworten. Auch aus struktureller Sicht haben wir Kritik am Entwurf des Etats. Im Einzelnen:

Der Gesamthaushalt für das Jahr 2024 steigt um rund 7,5 %, der Einzelplan 06 jedoch lediglich um 3,42 % im Vergleich zu 2023. Wir reden hier über einen nicht einmal halb so großen prozentualen Zuwachs. An diesen Zahlen kann man den tatsäch-

lichen Stellenwert erkennen, den die Landesregierung dem Bereich „Kultur, Wissenschaft und Weiterbildung“ beimisst.

Nehmen wir konkret die Finanzierung der Studierendenwerke. Auf die enorme Bedeutung der Studierendenwerke für die soziale Infrastruktur auf dem Campus weisen wir als SPD-Fraktion seit Beginn der Legislaturperiode immer wieder hin. Doch beim Blick in Ihren Haushaltsentwurf kommen mir doch einige Zweifel, ob das bei den Mitgliedern der Landesregierung und bei den regierungstragenden Fraktionen wirklich angekommen ist. Die Studierendenwerke leiden unter der hohen Inflation. Im letzten Jahr haben Sie das noch anerkannt und unterstützt – doch leider nur in Form von Einmalhilfen. Diese laufen nun aus.

Aber soll ich Ihnen etwas verraten? Das hohe Preisniveau ist immer noch da. Sie haben nichts weiter getan, als die Probleme um ein Jahr zu verschieben.

Auch die zusätzlichen Mittel für die psychosoziale Beratung von Studierenden werden zurückgenommen, und das, obwohl der Anteil der psychisch belasteten Studierenden kontinuierlich ansteigt.

Frau Ministerin, das Problem sollte Ihnen spätestens seit dem 19. Oktober bekannt sein. Da wurden Sie nämlich schriftlich von einem breiten Bündnis der Rektorinnen- und Kanzlerkonferenzen aller Hochschulen – Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, Kunsthochschulen und Universitäten – aufgefordert, die Studierendenwerke deutlich stärker zu unterstützen.

Doch was tun Sie? Nichts; keine Erhöhung der allgemeinen Zuschüsse, keine Dynamisierung mit Blick auf die Inflation. Sie setzen die Stabilität der Studierendenwerke damit aufs Spiel. Ich bitte Sie im Namen meiner Fraktion erneut: Sorgen Sie endlich für eine ausreichende Finanzierung der Studierendenwerke.

(Beifall von der SPD)

Hoch problematisch ist auch die geplante Zerstückelung der Landeszentrale für politische Bildung. Wer jetzt denkt, die Landesregierung mache sich auf und Sorge für eine größere Unabhängigkeit der Landeszentrale, der hat sich leider zu früh gefreut. Sie wollen der Landeszentrale für politische Bildung sage und schreibe 14 Stellen entziehen. Die verbleibenden 24 Beschäftigten werden die Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung kaum in ähnlichem Umfang wie bisher erfüllen können. Zum Vergleich: Die Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg hat 120 Mitarbeitende.

Das ist keine geeignete Antwort auf die aktuellen Herausforderungen, vor denen unsere Demokratie steht.

(Beifall von der SPD)

Legen Sie die Pläne aufs Eis, und lassen Sie uns gemeinsam die Landeszentrale für politische Bildung aus dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft lösen und für eine vollständige Unabhängigkeit sorgen.

Eigentlich würde ich jetzt gerne noch konkret auf das Thema „Weiterbildung“ eingehen. Doch leider ist das mit Blick auf die knappe Redezeit kaum möglich. Dass wir den Bereich „Weiterbildung“ als Randnotiz in der Debatte über Wissenschaft diskutieren, wird dem großen Stellenwert des Themas überhaupt nicht gerecht. Darüber sollten wir in diesem Hause noch einmal miteinander sprechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der regierungstragenden Fraktionen, sehr geehrte Frau Ministerin, bei allen Unterschieden in den politischen Schwerpunkten: Wir haben Ihnen mehrfach unsere Mitarbeit angeboten. Dieses Angebot möchte ich heute noch einmal wiederholen.

Wie ich sehe, sind Sie ja auch offen für unsere guten Ideen. Unsere Änderungsanträge zur Finanzierung der Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft haben Sie im Ausschuss zwar noch abgelehnt, aber immerhin für die heutige Debatte bis auf die Nachkommastelle übernommen und schlichtweg selbst eingereicht.

Wenn Sie weitere Tipps für gutes Regieren oder mehr Themen zum Abschreiben brauchen, melden Sie sich gerne. Bis dahin ist dieser Einzelplan jedoch von uns abzulehnen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der CDU hat nun der Abgeordnete Herr Tigges das Wort.

Raphael Tigges (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die diesjährige Haushaltsplanberatung wurde von insgesamt schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und finanziellen Unwägbarkeiten begleitet. Die konjunkturelle Entwicklung und die damit verbundene Einnahmesituation des Landes waren und sind nach wie vor eine große Herausforderung bei der Prioritätensetzung.

Auch die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine, die Folgewirkungen der Coronapandemie und ganz aktuell die Folgen des Terrorangriffs der Hamas auf Israel haben Einfluss auf unsere Finanzen in Nordrhein-Westfalen.

Gleichwohl setzen wir als Zukunftscoalition von CDU und Grünen in NRW wichtige Schwerpunkte. Der Haushalt richtet den Fokus auf Bildung, Kinder, innere Sicherheit und Transformation hin zu einem klimaneutralen Industriestandort.

Es ist daher nicht überraschend, dass wir mit unserem Einzelplan „Wissenschaft“ im Bereich der akademischen Bildung dafür Sorge tragen, weiterhin ein verlässlicher Partner der Hochschullandschaft und der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen in all ihren Facetten zu sein und für gute Bedingungen für unsere Studierenden und die Hochschulbeschäftigten zu sorgen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Liebe Kollegen von der SPD, Sie zeigen mit Ihren Änderungsanträgen wenig Verantwortungsbewusstsein für einen seriösen Haushalt. Ganz nach dem Motto „Es ist zwar alles gar nicht so schlecht, was ihr macht, aber von allem zu wenig“ wurden zig Änderungsanträge in Millionenhöhe formuliert.

Seriöse Haushalte sind aber auch nicht so das Ding der SPD, Frau Kollegin Siebel. Das hat man ja in den vergangenen Tagen in Berlin beobachten können.

(Zuruf von Christin Siebel [SPD])

Wir können noch nicht genau abschätzen, was die Auswirkungen der fehlenden 60 Milliarden Euro im Bundeshaushalt für die Forschung und die Lehre in Nordrhein-Westfalen bedeuten, erwarten aber ganz klar, dass die Ampel die wichtigen Zukunftsthemen weiter gemeinsam mit dem Land fördert und unterstützt.

Mit dem Haushalt, den wir hier zu verantworten haben, geben wir Stabilität und Sicherheit. Wir werden den Sanierungsstau an unseren Hochschulen weiter angehen und wollen mit 500 Millionen Euro zusätzlichen Verpflichtungsermächtigungen bedarfsgerecht klimaneutrale Baumaßnahmen unterstützen. Zudem wollen wir die Bauverfahren effizienter und schneller machen, um Baukostensteigerungen besser in den Griff zu bekommen.

Als Zukunftscoalition gehen wir konsequent den Weg weiter, die Medizinische Fakultät OWL in Bielefeld weiterzuentwickeln, und fördern diese mit einem Aufwuchs von rund 20 Millionen Euro für die Ausbildung dringend benötigter Mediziner.

Mit diesem Haushalt geben wir den Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen Planungssicherheit, damit sie ihren Beitrag zu Innovationen und Fortschritt leisten und im internationalen Wettbewerb bestehen können.

Auch die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft leisten hier einen wichtigen Beitrag. Die JRF ist unter anderem im Bereich der Forschungsoperation und der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung für Nordrhein-Westfalen eine treibende Kraft

(Christin Siebel [SPD]: Richtig!)

und eine entscheidende Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis. Ihre Arbeit wollen wir mit dem

Änderungsantrag von CDU und Grünen auf 3%ige Steigerung der Grundfinanzierung unterstützen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir freuen uns, dass es gelungen ist, die Studienplatzkapazitäten in zukunftsrelevanten Fächern auszuweiten. So investieren wir rund 19 Millionen Euro in zusätzliche Plätze in der Psychotherapie, im Bereich „Grundschullehramt“ oder beim Lehramt „Sonderpädagogik“.

Die Weiterbildung haben Sie gerade nicht angesprochen oder nicht weiter dazu ausgeführt. Die Weiterbildung ist aber – das wissen wir alle – im privaten und im beruflichen Kontext sowie im Zusammenhang mit der Integration und der Teilhabe eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Mit dem Haushalt, den wir verabschieden, werden wir dieser Anforderung gerecht. Denn wir stellen für die Volkshochschulen, aber auch für die anderen Träger der Weiterbildung insgesamt knapp 146 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind rund 6 Millionen Euro mehr als im letzten Haushaltsjahr. Zudem dynamisieren wir den Aufwuchs zukünftig mit 2 %.

Wie eingangs erwähnt, hat die Bildung in diesem Haushalt eine besondere Priorität. Ein Beitrag für mehr Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern ist das Talentscouting-Programm des Landes Nordrhein-Westfalen. Hier werden wir ab 2024 rund 10 Millionen Euro investieren.

Sie sehen, dass es trotz der schwierigen Haushaltslage unser Ziel ist, den Wissenschafts- und Forschungsstandort Nordrhein-Westfalen weiter zu stärken. Wir laden Sie daher ein, diesem Haushalt zuzustimmen und gemeinsam mit uns die wichtigen Weichen für die Zukunft zu stellen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der FDP hat nun die Abgeordnetenkollegin Frau Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wissenschaft und Forschung sowie die daraus erwachsenden Innovationen sind für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und für die Sicherung unseres Wohlstandes entscheidend. Die Herausforderungen der Zukunft werden wir nur mit dem Mut und mit dem Erfindergeist engagierter und talentierter Menschen gestalten. Deswegen ist natürlich anzuerkennen, dass der Einzelplan 06 auf rund 10,6 Milliarden Euro steigt, auch wenn der Zuwachs nicht unwesentlich auf einer höheren Veranschlagung von BAföG-Mitteln als durchgeleitete Bundesausgaben beruht.

Selbstverständlich begrüßen wir die Fortsetzung der Hochschulvereinbarung NRW 2026 und die aufwachsenden Investitionen in die Medizinische Fakultät OWL sowie den Aufwuchs an Studienplätzen für Sonderpädagogik und an anderen Stellen.

Leider können diese im Grundsatz begrüßenswerten Punkte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass in anderen Bereichen erhebliche Defizite bestehen, so dass die Prioritätensetzung der Landesregierung von uns nicht geteilt wird.

Problematisch bleibt zum Beispiel die fehlende Anpassung bei den Studierendenwerken. Denn gerade hier treten die Preissteigerungen besonders zutage und gehen letztlich zulasten der Studierenden.

Besonders bedenklich ist zudem die Kürzung der Mittel für Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen um 2,7 %. In einer Zeit, in der Innovation und wissenschaftlicher Fortschritt entscheidender denn je sind, sendet diese Kürzung leider genau das falsche Signal in den Wissenschaftsbetrieb.

(Beifall von der FDP)

Statt engagierter Unterstützung der Fusionsforschung, des Einstein-Teleskops oder anderer Zukunftstechnologien schnallt die Landesregierung gerade in diesem Bereich den Gürtel enger. So erreichen wir keine Weltspitze, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Bitte ersparen Sie uns auch den ansonsten üblichen Hinweis auf den Bund. Der Bund investiert in die Forschungsförderung in den genannten Bereichen und gemeinsam mit den Ländern auch in der Förderung der anwendungsorientierten Forschung an den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, durch die wir besonders viele Innovationen in die Anwendung, in die Produktion, in die Wertschöpfung und in unsere Gesellschaft hineinbekommen.

Richtigerweise wurde erst jüngst vereinbart, das Bund-Länder-Programm für anwendungsorientierte Forschung an den HAWs fortzuführen und weiterzuentwickeln. Bund und Länder erkennen damit im Verhältnis von 85 % Bund und 15 % Länder – hoffentlich zukünftig auch bei den Ländern wie verabredet aufwachsend – die Forschungsintensität an den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften zu Recht an.

Auch der Sanierungsstau an unseren Universitäten und Universitätskliniken wird zwar in der Problematik erkannt und anerkannt. Bei einem geschätzten Sanierungsbedarf im Hochschulbau in Höhe von 6 Milliarden Euro sind die bereitgestellten Mittel aber doch wohl eher homöopathisch. Ein erbetener Überblick über den Sanierungsstau konnte uns übrigens bislang nicht vorgelegt werden.

Wenn ich mit Blick auf gute, wettbewerbsfähige Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten an den

Hochschulen zum Beispiel auf die Grundfinanzierung schaue, gilt ebenfalls: Fehlanzeige.

Vielleicht gelingt in dieser Legislatur hier von allen Seiten eine deutliche Verbesserung, die bei der Personalbewirtschaftung die ja von allen Seiten gewünschte Verlässlichkeit tatsächlich ein Stückchen näherbringt.

(Christin Siebel [SPD]: Ja! Genau!)

Minister Liminski hat gestern in der Beratung zum Einzelplan 02 darauf hingewiesen, dass die Landeszentrale für politische Bildung nicht im Bereich der Staatskanzlei, sondern im hier thematisierten Einzelplan geführt wird. Allerdings kommt das bei unserem Beratungsfahrplan nirgendwo explizit zur Sprache. Wir sollten fraktionsübergreifend noch einmal darüber sprechen, wie wir das ändern können.

Ich will mir trotzdem an dieser Stelle einen Hinweis erlauben. Wir halten die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung nicht nur mit der Spezialperspektive „Antisemitismusprävention, Rassismusprävention“, sondern auch mit dem umfassenden Auftrag der politischen Bildung und Demokratieerziehung für wichtiger denn je. Wir müssen und wir wollen der zu beobachtenden Erosion der Kenntnisse und des Vertrauens in unsere parlamentarische Demokratie

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

– Frau Präsidentin, ich komme sofort zum Schluss – durch Hass, Hetze und Desinformation entgegneten. Deswegen lehnen wir etwaige Pläne zur Entleerung der Landeszentrale ab und bitten dringend, davon Abstand zu nehmen. Auf den entsprechenden Beitrag meines Kollegen Wedel und die Änderungsanträge unserer Fraktion möchte ich noch einmal zur Lektüre verweisen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun die Abgeordnetenkollegin Frau Eisentraut.

Julia Eisentraut (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleg*innen der demokratischen Fraktionen! Wissenschaft ist ein Pfeiler unserer Demokratie, zeigt uns Wege aus Krisen sowie Maßnahmen zur Vorsorge und gestaltet nachhaltige Veränderung. Die gemeinwohlorientierte Weiterbildung komplementiert das. Sie bietet Menschen genau in diesen Veränderungsprozessen Halt und schafft dort zweite Chancen, wo der erste Bildungsweg nicht der richtige war.

Damit kommen Forschung, akademischer Fachkräfteausbildung sowie der gemeinwohlorientierten Weiterbildung verantwortungsvolle Aufgaben zu. Genau

deshalb reicht unsere Priorisierung von Bildung auch in diesen Haushalt hinein.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Mittel des Wissenschaftsbereichs steigen unter diesen schwierigen Voraussetzungen um mehr als 3 %. Wir geben den Hochschulen über 250 Millionen Euro mehr für die Grundfinanzierung, für zusätzliche Studienplätze und Lehrende. Wir stellen eine weitere halbe Milliarde Euro für den klimaneutralen Hochschulbau zur Verfügung. Über 111 Millionen Euro stellen wir 2024 für Forschung, Infrastruktur, Personal und andere Maßnahmen im Bereich der Digitalisierung im Wissenschaftsbereich bereit. Gleichzeitig steigt auch die Förderung der gemeinwohlorientierten Weiterbildungseinrichtungen um 6 Millionen Euro an. Das sind erfreuliche Entwicklungen in diesen schwierigen Zeiten.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Der SPD ist das nicht genug. Woher sie das Geld nehmen soll, weiß sie aber selbst nicht. Also verzichtet sie auf eine Gegenfinanzierung für ihre Forderungen von mehr als 52 Millionen Euro im Wissenschafts- und Weiterbildungsbereich. Lassen Sie mich das auch so deutlich sagen: Die Forderungen der SPD überschreiten selbst die höchsten Forderungen der Einrichtungen, denen das Geld zugutekommen soll.

In einer Zeit der Verunsicherung der Menschen da draußen und der vielen Krisen, in der das Vertrauen in staatliche Institutionen und in den Staat viel zu niedrig ist, ist es meiner Meinung nach der falsche Weg, Versprechungen zu machen, die sich nicht halten lassen. Lassen Sie uns doch in Zukunft wirklich konstruktiv und gemeinsam andere Wege suchen.

(Christin Siebel [SPD]: Ja! Das finde ich auch gut!)

Dagegen nimmt die SPD sich viel wichtiger, als sie ist. Wir haben es im Haushalt und auch in anderen Anträgen nicht nötig, von Ihnen zu kopieren. Aber es ist ein deutliches Zeichen eines Minderwertigkeitskomplexes, dass Sie uns ständig genau das vorwerfen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zuruf von Christin Siebel [SPD])

Als Zukunftscoalition aus CDU und Grünen zeigen wir, dass wir die Herausforderungen im Wissenschaftsbereich gemeinsam mit den Hochschulen auch in diesen schwierigen Zeiten angehen können.

(Marc Lübke [FDP]: Genau! – Christin Siebel [SPD]: Also, wirklich!)

Das zeigen wir über den vorliegenden Haushaltsentwurf hinaus mit den Anträgen, die wir auch an diesen Plenartagen beraten. Wir bringen Verbesserungen

für die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen auf den Weg – mit attraktiven Karrierewegen auch abseits der Professur – und setzen uns für eine bessere Vereinbarkeit von Wissenschaft und Familie ein.

(Zuruf von Christin Siebel [SPD])

Wir helfen den Studierenden, die direkt von den Auswirkungen des Krieges im Nahen Osten betroffen sind, mit Beratungsangeboten,

(Christin Siebel [SPD]: Das ist eine Dreistigkeit!)

insbesondere mit einer psychosozialen Beratung und, indem wir den Hochschulen ermöglichen, eigene Gesprächsangebote auf die Beine zu stellen.

Wir werden auch den Diskriminierungsschutz deutlich verbessern. Es freut mich, dass sich auch SPD und FDP schließlich dieser Initiative angeschlossen haben.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

Es freut mich auch, dass wir es schaffen, eigene kleine Akzente zu setzen.

(Lachen von Marcel Hafke [FDP])

So geben wir den Instituten der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft 3 % mehr, denn sie liefern die dringend benötigten Antworten auf aktuelle Fragen von der Friedens- und Konfliktforschung über die Schifffahrt und den Klimawandel bis hin zur Bewahrung jüdischer Kultur.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Nur gemeinsam mit unseren Hochschulen und allen ihren Mitgliedern, der Wissenschaftslandschaft und den Weiterbildungseinrichtungen können wir diese schwierigen Zeiten überstehen. Deshalb lösen wir die Probleme gemeinsam mit ihnen

(Christin Siebel [SPD]: Ach!)

und werben für Zustimmung zu unserem Haushalt.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD spricht nun Professor Dr. Zerbin.

Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Haushalt des Landes NRW beträgt ca. 102 Milliarden Euro. Knapp 10,44 % des Haushaltes werden für den Bereich „Wissenschaft und Kultur“ verbucht. Das ist erst mal eine gute Nachricht. Die Fragen lauten aber: Wie sind die Gelder verteilt? Ist die Nutzung der Steuergelder effizient genug?

Was bedeutet Effizienz? Es bedeutet, Schwerpunkte zu bilden. Der Schwerpunkt unserer Wirtschaft ist der Export. Unser Wohlstand hängt vom wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes ab. Alle Studiengänge, die sich damit im engeren und weiteren Sinne beschäftigen, sind Grundlage unseres Wohlstandes und damit Basis für das Brot-und-Butter-Geschäft unserer Industrie. Die MINT-Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik sind daher an unseren Universitäten wichtig. Das Förderprogramm „Zukunft durch Innovation“ der Landesregierung ist deshalb richtig.

Wissenschaft ist aber nicht nur Lehre, sondern auch Forschung. Warum ist die Forschung im Bereich „Energie“ so wichtig? Die Energiepreise in Deutschland explodieren. Deutschlands Nettostromverbrauch betrug in den letzten Jahren rund 490,6 Terawattstunden – Tendenz steigend, denn weltweit nimmt der Stromverbrauch zu. Seit dem Jahre 1980 hat sich die weltweit verbrauchte Strommenge gemäß Statista etwa verdreifacht. Im Bereich der Trägheitsfusion ist Ende letzten Jahres ein wichtiger Durchbruch erzielt worden. Erstmals gelang es, dass der Nettoenergiegewinn bei der Zündung eines Plasmas mehr als 150 % betrug. Damit ist der Beweis erbracht, dass die Grundlagen der Energiegewinnung mit Kernfusion funktionieren. Nordrhein-Westfalen gehört in dieser Technologiesparte, insbesondere in der Magnetfusion zu den weltweit führenden Ländern.

Wir haben einen Änderungsantrag zu dieser Thematik eingebracht. Die Förderung der Kern- und Fusionsforschung soll mit 10 Millionen Euro noch mehr unterstützt werden. Nutzen wir die Fähigkeit der Forschungslandschaft Nordrhein-Westfalen und bauen diesen Forschungsbereich weiter aus.

Neben der Forschung und Ausbildung im Bereich unseres Brot-und-Butter-Geschäftes muss es auch Platz für weitere Wissenschaften geben. Davon leisten wir uns eine ganze Menge. Ich erspare uns allen jetzt die Diskussion über den Sinn und Zweck von Gender Studies, deren Förderung wir ersatzlos streichen wollen.

Wir beschäftigen uns aber in einem wissenschaftlich strukturierten Rahmen mit einer wichtigen Frage: Wie kann es sein, dass sich Menschen im 21. Jahrhundert wie Tiere benehmen? Wie kann es sein, dass junge, hübsche Frauen wie Shani Louk geschändet und anschließend geköpft werden? Wie kann es sein, dass Zivilisten und Kriegsgefangene mitten in Europa verstümmelt und anschließend ermordet werden?

Geht es darum, die Ursachen herauszufinden, helfen keine pastoralen Sonntagsreden. NRW braucht, ähnlich wie die Professur für Kinderschutz, eine Professur für Makrokriminalität, um sich interdisziplinär damit auseinanderzusetzen, warum es immer wieder

zum Ausbruch kollektiver Gewalt kommt. Für diese Professur haben wir entsprechende Gelder eingepreist.

Ich komme zum Schluss. Prinzipiell sind 10,6 Milliarden Euro im Haushalt für Wissenschaft und Kultur sinnvoll angelegt. Bei der Verteilung sind die Schwerpunkte unserer Ansicht nach jedoch falsch gesetzt. Wir schlagen daher die Streichung von Geldern für ideologische Wissenschaftsprojekte vor. Gleichzeitig empfehlen wir die Aufstockung der Forschung im Bereich „Kernenergie“ und die Schaffung einer Professur Makrokriminalität aus Bormitteln. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Christof Rasche: Für die Landesregierung hat nun Ministerin Brandes das Wort. – Bitte sehr.

Ina Brandes, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bildung ist das zentrale Thema für die Landesregierung. Entsprechend sind die Bereiche „frühkindliche Bildung“ und „Schule“ im Haushalt von Einsparungen ausgenommen. Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, diese klare Linie im Einzelplan 06 fortzusetzen. Auch Hochschulen, Hochschulmedizin und die gemeinwohlorientierte Weiterbildung sind nicht nur von den Kürzungen ausgenommen, sondern sie alle erfahren sogar Ausgabensteigerungen. Es ist eben schon gesagt worden: Insgesamt steigen die Ausgaben im Einzelplan 06 auf rund 10,639 Milliarden Euro, es sind also 3,4 % mehr als im Haushalt 2023. Ich bin sehr froh, dass das angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen gelungen ist.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Ich möchte, ohne jetzt alles Richtige zu wiederholen, was eben schon gesagt worden ist, einige wenige Schwerpunkte nennen. Der erste Punkt ist natürlich die Hochschulvereinbarung Nordrhein-Westfalen 2026, die wir mit zusätzlichen 17 Millionen Euro verlässlich fortsetzen. Damit garantieren wir den Hochschulen Jahr für Jahr gute finanzielle Rahmenbedingungen und auch Möglichkeiten für Dauerstellen und Investitionen.

Wir kümmern uns um die sehr erfolgreiche Wissenschaftsregion Ruhr und erhöhen planmäßig die Mittel für den Aufbau der Excellence Departments an den drei Ruhr-Universitäten um weitere 10 Millionen Euro auf 48 Millionen Euro, damit wir in der erfolgreichen Transformation des Ruhrgebiets zu einer zentralen Wissenschaftsregion in Europa weiterkommen.

Es ist auch schon gesagt worden, dass der Aufbau der Medizinischen Fakultät in Ostwestfalen-Lippe, ein zentrales Vorhaben der Landesregierung, mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 20,6 Millionen Euro fortgesetzt wird. Weitere Professuren können besetzt

und notwendige Ausgaben in Lehre und Forschung getätigt werden.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Sie sehen: Wir setzen klare und wichtige Prioritäten und sind für die Hochschullandschaft und für die Hochschulmedizin in Nordrhein-Westfalen eben auch ein verlässlicher Partner.

Dazu gehört auch der fortgesetzte Aufbau der Studienplatzkapazitäten: 255 zusätzliche Masterplätze in der Psychotherapie, die dringend gebraucht werden, 350 zusätzliche Bachelorstudienanfängerplätze im Grundschullehramt, 95 zusätzliche Bachelorplätze im Lehramt Sonderpädagogik. Insgesamt gehen rund 19 Millionen Euro in den Ausbau dringend gebrachter Studienanfängerplätze.

Wir geben weitere Investitionsmittel an die Hochschulen: 500 Millionen Euro für die baulichen Investitionen in nachhaltige Infrastruktur. Wir geben 90 Millionen Euro an die Universitätskliniken und kommen damit unserem Ziel näher, unsere Hochschulinfrastruktur klimaneutral zu machen.

Zum Thema „Studierendenwerke“: Frau Siebel, wir haben das im Ausschuss schon ausführlich besprochen, ich sage aber auch hier gerne noch einmal: Wir alle wissen, auch die Studierendenwerke, dass ihnen im Laufe von Corona ihr Geschäftsmodell abhandengekommen ist. Ich bin nicht bereit, das Geld unserer Steuerzahler in leere Mensen und leere Cafeterien zu stecken. Ich wäre Ihnen wirklich dankbar, wenn auch Sie dazu nicht bereit wären. Das ist nämlich keine verantwortungsvolle Politik.

(Beifall von der CDU)

Wir machen jetzt eine vernünftige Bestandsaufnahme.

(Christin Siebel [SPD]: Das ist eine mutige Ansage!)

Wir werden gemeinsam ein Gutachten erstellen lassen, durch das wir verstehen werden, wie wir den Versorgungsauftrag der Studierenden sicherstellen können. Wenn wir das gemacht und vernünftige Rahmenbedingungen haben, dann unterhalten wir uns über das Geld.

Ich weiß: Die Sozialdemokratie kübelt gerne Steuerzahlermittel in schwarze Löcher, aber ich mache es nicht.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD – Lachen und Zuruf von René Schneider [SPD]: Der war witzig! – Zuruf von Christin Siebel [SPD])

Im Forschungsbereich setzen wir die Unterstützung der großen Projekte natürlich verlässlich fort. Es ist schon gesagt worden, dass dank der regierungstragenden Fraktionen eine Erhöhung der Zuschüsse an die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft möglich ist.

(Zuruf)

Liebe Angela Freimuth, Sie haben zu Recht gelobt, dass wir die Bund-Länder-Vereinbarung für das Programm „Forschung an Fachhochschulen“ fortgesetzt haben. Nur um es einmal zu sagen, weil Sie vorhin von 15 % gesprochen haben: Der Anteil der Länder beträgt sogar 21,5 %.

Wir sind durchaus bereit, uns sehr intensiv zu engagieren. Ich will eindeutig sagen: Es war eine gute Vereinbarung, die wir mit dem Bund geschlossen haben. Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Nordrhein-Westfalen werden davon profitieren.

Stichwort „Weiterbildung“: Wir setzen unseren Pfad des Haushaltsaufwuchses im Bereich der Weiterbildung fort, geben 6 Millionen Euro mehr und setzen die bewährten Instrumente fort.

Bezüglich der politischen Bildung, die in der aktuellen Lage eine besondere Bedeutung hat, bin ich sehr froh, dass es gelungen ist, 650.000 Euro zusätzlich für Zwecke der politischen Teilhabe und Präventionsarbeit gegen Antisemitismus und Rassismus im Zuge des Nahostkonflikts zu bekommen. Da geht es vor allen Dingen um schulische, aber auch um außerschulische Bildung, digitale Projekte und Extremismusforschung. Ich glaube, das ist in der aktuellen Zeit sehr gut angelegtes Geld. Wir werden unserer Verantwortung gerade in der jetzigen Lage damit sehr gerecht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Somit kommen wir zur Abstimmung über die Änderungsanträge. Ich rufe Sie jetzt der Reihenfolge nach auf.

Drucksache 18/6927, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen und CDU. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Das ist die Fraktion der AfD und Herr Blex. Wer enthält sich? – Die FDP. Damit ist dieser **Antrag angenommen.**

Wir kommen zum **Änderungsantrag Drucksache 18/6928,** Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt diesem Antrag zu? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? Wer enthält sich? – Enthaltung bei der ... Ist man sich innerhalb der AfD einig?

(Unruhe bei der AfD – Zuruf von der AfD: Ich bin dafür!)

Also machen wir die Runde noch mal: Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU, FDP, AfD und Herr Blex. Damit ist dieser **Antrag angenommen.**

Drucksache 18/6929, CDU und Grüne. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – SPD, Grüne, CDU, AfD, Herr Blex. Wer stimmt dagegen? Wer enthält

sich? – Enthaltung bei der FDP. Damit ist dieser **Antrag angenommen.**

Drucksache 18/6930, Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und Grüne. Wer stimmt zu? – SPD, Grüne, CDU, AfD, Herr Blex. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die FDP. Damit ist dieser **Antrag angenommen.**

Drucksache 18/6931, CDU und Grüne. Wer stimmt zu? – Die SPD, die Grünen, die CDU, die AfD, Herr Blex. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die FDP. Damit ist dieser **Antrag angenommen.**

Drucksache 18/6932, CDU und Grüne. Wer stimmt diesem Antrag zu? – SPD, Grüne, CDU, AfD, Herr Blex. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die FDP. Damit ist dieser **Antrag angenommen.**

Drucksache 18/6933, CDU und Grüne. Wer stimmt zu? – SPD, Grüne und CDU. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – FDP, AfD, Herr Blex. Damit ist dieser **Antrag angenommen.**

Drucksache 18/6934, CDU und Grüne. Wer stimmt zu? – SPD, Grüne, CDU, AfD, Herr Blex. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die FDP. Damit ist auch dieser **Antrag angenommen.**

Drucksache 18/6935, CDU und Grüne. Wer stimmt zu? – SPD, Grüne und CDU. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – FDP, AfD, Herr Blex. Damit ist dieser **Antrag angenommen.**

Drucksache 18/6936, CDU und Grüne. Wer stimmt zu? – SPD, Grüne, CDU, AfD, Herr Blex. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die FDP. Damit ist der **Antrag angenommen.**

Drucksache 18/6937, CDU und Grüne. Wer stimmt zu? – SPD, Grüne, CDU, AfD, Herr Blex. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die FDP. Damit ist der **Antrag angenommen.**

Drucksache 18/6938, CDU und Grüne. Wer stimmt diesem Antrag zu? – SPD, Grüne, CDU, AfD, Herr Blex. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer enthält sich? – Die FDP. Damit ist dieser **Antrag angenommen.**

Drucksache 18/6939, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt zu? – Grüne, CDU, AfD, Herr Blex. Wer stimmt dagegen? – Die SPD. Wer enthält sich? – Die FDP. Auch dieser **Antrag ist angenommen.**

Änderungsantrag Drucksache 18/7052, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die FDP, die AfD, Herr Blex. Wer stimmt dagegen? – CDU und Grüne. Wer enthält sich? –

(Christin Siebel [SPD]: War das jetzt ...?)

Die SPD hat die Wahl bei dem Antrag 18/7052: Ja, Nein oder Enthaltung.

(René Schneider [SPD]: Geht auch „Vielleicht“? – Heiterkeit)

Ich wiederhole die Abstimmung, anders geht es nicht. Änderungsantrag **Drucksache 18/7052**, Antragsteller FDP.

(Unruhe)

– Ich bitte um Aufmerksamkeit. – Wer stimmt diesem Antrag zu? – FDP, AfD, Herr Blex und die SPD. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Das sind die Fraktionen von CDU und Grünen. Damit ist dieser **Antrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7053, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die FDP und die SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU, Grünen und AfD sowie Herr Blex. Damit ist dieser **Antrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7054, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die FDP und die SPD. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Grüne, CDU, AfD, Herr Blex. Damit ist dieser **Antrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7055, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – FDP, SPD. Wer lehnt ab? – CDU, Grüne, AfD, Herr Blex. Damit ist dieser **Antrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7056, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die FDP und die SPD. Wer lehnt den Antrag ab? – CDU, Grüne, AfD, Herr Blex. Der **Antrag ist abgelehnt**.

Drucksache 18/7057, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – FDP und SPD. Wer lehnt den Antrag ab? – AfD, Herr Blex, CDU und Grüne. Damit ist dieser **Antrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7058, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die FDP und die SPD. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Grüne, CDU, AfD und Herr Blex. Damit ist dieser **Antrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7059, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – SPD und FDP. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Grüne, CDU, AfD und Herr Blex. Damit ist dieser **Antrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7060, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – FDP, SPD. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Die Fraktionen von Grünen, CDU, AfD sowie Herr Blex. Der **Antrag ist abgelehnt**.

Drucksache 18/7061, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die SPD und die FDP. Wer lehnt diesen Antrag ab? – CDU, Grüne, AfD, Herr Blex. Der **Antrag ist abgelehnt**.

Drucksache 18/7062, Antragsteller FDP. Wer stimmt zu? – SPD und FDP. Wer lehnt ab? – Grüne, CDU, AfD, Herr Blex. Der **Antrag ist abgelehnt**.

Drucksache 18/7063, Antragsteller FDP. Wer stimmt zu? – SPD, FDP, AfD und Herr Blex. Wer lehnt ab? – CDU und Grüne. Damit ist auch dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Das waren die Änderungsanträge zu diesem Einzelplan.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/6806, den Einzelplan 06 unverändert anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 06 in der soeben geänderten Fassung selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt diesem Einzelplan zu? – Das sind die Fraktionen von CDU und Grünen. Wer lehnt diesen Einzelplan ab? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP, AfD sowie Herr Blex. Damit ist dieser **Einzelplan 06 angenommen**.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir kommen nun zu einigen Abstimmungen, die nachzuholen sind. Das macht ja Spaß.

(Heiterkeit)

Beim Einzelplan 20, über den wir bereits gestern eine Aussprache durchgeführt haben, stimmen wir nun über die Änderungsanträge ab. Wir sind alle konzentriert bei der Sache, und ich rufe die einzelnen Änderungsanträge auf.

Drucksache 18/6972, Antragsteller CDU und Grüne. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktionen von CDU und Grünen. Wer lehnt diesen Änderungsantrag ab? – Die Fraktion der SPD. Wer enthält sich? – Die Fraktionen von FDP und AfD sowie Herr Blex. Damit ist dieser **Antrag angenommen**.

Drucksache 18/7097, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die FDP, die AfD und Herr Blex. Wer lehnt diesen Änderungsantrag ab? – CDU, Grüne und SPD. Damit ist dieser **Änderungsantrag abgelehnt**.

Drucksache 18/7098, Antragsteller FDP. Wer stimmt diesem Antrag zu? – FDP, AfD, Herr Blex. Wer lehnt diesen Antrag ab? – Die Fraktionen von CDU und Grünen. Wer enthält sich bei diesem Antrag? –

(Zögern von der SPD-Fraktion – Alexander Baer [SPD] und Alexander Vogt [SPD] blättern in Unterlagen.)

– Wenn die SPD startklar ist, würde ich weitermachen.

(Lachen und Zurufe)

Können wir noch mal fragen?

(Alexander Vogt [SPD]: Zustimmung!)